

Experten pochen auf Versteigerungsoption

Kritik am Regierungsentwurf zu Emissionsrechten

KLAUS STRATMANN | BERLIN

Die Bundesregierung erntet für ihren Entwurf zum zweiten Nationalen Allokationsplan (NAP II) Kritik. Fachleute halten es für falsch, auf eine Versteigerung von Emissionsrechten zu verzichten. „Da wird ohne Not ein Chance vertan“, sagte Jürgen Hacker, Vorsitzender des Bundesverbandes für Emissionshandel und Klimaschutz, dem Handelsblatt. Felix Matthes vom Öko-Institut nannte die Entscheidung „bedauerlich“. Ähnlich betrachtet das Fraunhofer-Institut die Entwicklung. Der NAP II regelt die Zuteilung der Emissionszertifikate für die zweite Handelsperiode, die 2008 beginnt und bis 2012 läuft. Er muss bis Ende Juni der EU-Kommission in Brüssel vorliegen.

„Geschenk an die Stromerzeuger“

Kritik kommt inzwischen auch aus der Politik. Der hessische Wirtschaftsminister Alois Rhiel (CDU) bezeichnete den Plan der Bundesregierung als „Milliardengeschenk des Bundes an die Stromerzeuger“. Am Mittwoch will das Bundeskabinett den Entwurf beschließen.

Nach den bisher bekannt gewordenen Details werden die Emissionsrechte ausnahmslos kostenlos zugeteilt. Die Richtlinien der EU erlauben es den Mitgliedstaaten jedoch, bis zu zehn Prozent der Zertifikate zu versteigern. Von dieser Möglichkeit will Deutschland keinen Gebrauch machen. Damit hat sich Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) durchgesetzt. Demgegenüber hatte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) gefordert, zehn Prozent der Zertifikate zu versteigern.

„Eine Versteigerung führt eindeutig nicht zu höheren Strompreisen“, sagte Hacker. Er setze darauf, „dass Vernunft einkehrt und bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens doch noch von der Versteigerungsoption Gebrauch gemacht wird“. Matthes unterstrich die Vorteile einer Versteigerung. „Man kann damit Einnahmen generieren, die als Verfügungsmasse für Kompensationen dient. Es gibt ja durchaus stromintensive Branchen, denen man mit diesem Geld helfen könnte“, sagte Matthes dem Handelsblatt. Da man langfristig ohnehin an einer Versteigerung nicht vorbeikomme, werde mit dem Verzicht eine wichtige Trainingsphase verschenkt.

Auch Umweltpolitiker hatten in den vergangenen Wochen die Versteigerung propagiert. Ihren Plänen zufolge sollten allein die Energieunternehmen Zertifikate ersteigern müssen, die Einnahmen hätten energieintensiven Unternehmen zugute kommen sollen. Die Strombranche sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, aus dem Zertifikatehandel Milliarden Gewinne zu ziehen. Tatsächlich stellen die Energiekonzerne den Stromverbrauchern die ihnen kostenlos zugeordneten Zertifikate zum jeweiligen Marktpreis mit in Rechnung.

Umweltpolitiker werfen Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) vor, er sei vor seinem Kabinettskollegen Glos eingeknickt. Dabei sei die Chance, die Versteigerung durchzusetzen, nie so groß gewesen wie jetzt. Die Energiekonzerne befänden sich wegen der Diskussion über die Einpreisung der Zertifikate in der Defensive und hätten eine Versteigerung allenfalls halbherzig bekämpft.